
Beirätedialog 2025 II
Nachhaltigkeitswissenschaft
und Wandel:

ZWISCHEN
ERKENNTNIS,
VERANTWORTUNG
UND GESELL-
SCHAFTLICHER
WIRKSAMKEIT

Beirätedialog 2025 II:
Nachhaltigkeitswissenschaft und Wandel

ZWISCHEN ERKENNTNIS, VERANTWORTUNG UND GESELLSCHAFTLICHER WIRKSAMKEIT

Hintergrund

Nachhaltige Entwicklung in Zeiten multipler Krisen erfordert politische Entscheidungen, die auf verlässlichem Wissen beruhen und zugleich offen bleiben für Unsicherheit, Werte und gesellschaftliche Aushandlung. Wissenschaftsbasierte Politikberatung steht dabei im Spannungsfeld zwischen Unabhängigkeit und Verantwortung, zwischen Evidenz und Wirkung.

Vor diesem Hintergrund befasste sich der Beirätedialog 2025 II mit der Frage, wie Wissenschaft zu einer nachhaltigen Transformation beitragen kann und welche Formen der Kooperation zwischen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft hierfür notwendig sind. Hierzu formuliert die Stellungnahme der wpn2030 „Wissenschaft als essentielle Partnerin für die Erreichung der Ziele der Bundesregierung“ angesichts zunehmender Wissenschaftsskepsis drei zentrale Empfehlungen

1. die frühzeitige und systematische Integration von Wissenschaft in politische Prozesse,
2. die Stärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sowie
3. die verständliche Kommunikation und Einordnung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Im Vorfeld zum Beirätedialog führte der Deutsche Ethikrat am 15.10.2025 seine Herbsttagung („Wissen und Macht – Wissenschaft in Politik und Gesellschaft“) durch, zu der die Bedingungen und Beispiele für einen konstruktiven Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sowie die Herausforderungen für eine evidenzbasierte Politik diskutiert wurden.

Vierzehn der eingeladenen Bei- und Sachverständigenräte der Bundesregierung (vgl. Anlage) nahmen an der Veranstaltung teil. In zwei World-Café-Phasen, die durch kurze Impulse zu evidenzbasierter Politikberatung und transdisziplinärer Forschung eröffnet wurden, diskutierten die Teilnehmenden unterschiedliche Rollenverständnisse von Wissenschaft, den Umgang mit Unsicherheit und Komplexität sowie neue Kooperationsformate. Die Impulse griffen etablierte Modelle wissenschaftsbasierter Politikberatung, unterschiedliche Wissensformen sowie das Konzept der transdisziplinären, anwendungsorientierten Mode-2-Forschung¹ auf.

Die anschließenden World-Cafés zielten darauf ab, diese Perspektiven zu vertiefen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Die zusammenfassenden Ergebnisse dieser Diskussionen werden in den folgenden Abschnitten dargestellt².

Kurzüberblick – Essenz des Diskurses:

- Wissenschaftsbasierte Politikberatung scheitert selten an fehlendem Wissen, sondern an fehlenden Strukturen für Übersetzung, Auffindbarkeit und Anschlussfähigkeit. Der Aufbau vernetzter und agil nutzbarer Wissensinfrastrukturen bleibt daher eine zentrale Entwicklungsaufgabe.
- Begriffliche Klärungen zu Evidenzasymmetrien, Machtasymmetrien und Transdisziplinarität sind Voraussetzung für wirksame Zusammenarbeit und sollten gezielt weiterverfolgt werden.
- Triggerpunkte wurden als besonders geeignete Lernfelder identifiziert, um den Umgang mit widersprüchlicher Evidenz, gesellschaftlicher Polarisierung und normativen Zielkonflikten exemplarisch zu erproben.
- Kommunikation ist Teil der Wissensproduktion. Die Weiterentwicklung dialogischer Formate bleibt zentral, um Fakten, Bewertungen und Meinungen unterscheidbar zu halten und das Vertrauen in die Wissenschaft nicht durch die Kommunikation von Scheineindeutigkeiten zu gefährden.
- Impact-Messung bleibt ein offenes Lernfeld, das realistische Zeithorizonte und qualitative, reflexive Ansätze erfordert. Es sollte ausgebaut werden.
- Die Beziehungen zwischen Beiräten und Ministerien sollten künftig systematischer reflektiert und institutionell gerahmt werden, um Autonomie und Anschlussfähigkeit in ein produktives Verhältnis zu setzen.

1 Mode-2-Forschung beschreibt eine transdisziplinäre, anwendungsorientierte Form von Wissensproduktion im „Kontext der Anwendung“, die durch heterogene Akteurskonstellationen, gesellschaftliche Relevanz und Rechenschaftspflicht geprägt ist und von der disziplinären, akademisch dominierten Mode-1-Wissenschaft unterschieden wird (vgl. Gibbons, M. et al. (1994). *The new production of knowledge: The dynamics of science and research in contemporary societies*. SAGE Publications.).

2 Die Beirätedialoge werden unter der Chatham-House-Rule abgehalten. Dieser folgend werden die erhaltenen Informationen von den Teilnehmenden zwar verwendet, aber nicht einer bestimmten Person oder Organisation zugeschrieben.

Wissen als Handlungsgrundlage?

Evidenz, Werte und Transformation

Die Diskussion zeigte, dass transformative Politik mehr benötigt als abstrakte Zielsetzungen: Sie ist auf einen kontinuierlichen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik sowie auf zumindest teilweise geteilte Transformationsvorstellungen angewiesen. In der Praxis treffen jedoch oft lineare Formen der Wissensproduktion auf unklare oder widersprüchliche politische Zielorientierungen, was die Entwicklung wirksamer Maßnahmen und ihre Bewertung erheblich erschwert.

Wissenschaftsbasierte Politikberatung kann nur dann wirksam sein, wenn politische Intentionen und Entscheidungskontexte bekannt sind. Zugleich bleibt häufig offen, ob ein konsistentes politisches Transformationsziel sowie Unter- und Zwischenziele und Indikatoren existieren – und damit auch, welches Wissen überhaupt als relevant gilt. Hinzu kommt, dass unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen und Perspektiven teils widersprüchliche oder nur vorläufige Ergebnisse hervorbringen, die keine schnelle Eindeutigkeit erlauben und weiteren Forschungsbedarf anzeigen. Trifft politischer Entscheidungsdruck auf diese epistemische Offenheit, entstehen Zielkonflikte zwischen wissenschaftlicher Reputation, disziplinären Schulen und der politischen Erwartung nach klaren, umsetzbaren Antworten. Wissenschaft kann in diesem Spannungsfeld politische Debatten fundieren, Handlungsoptionen sichtbar machen und naturwissenschaftliche Zielgrößen sozial-ökonomisch übersetzen, um Risiken, Zielkonflikte, für die Zielerreichung erforderliche Nebenbedingungen und Folgen des Nicht-Handelns zu verdeutlichen. Zugleich wurde betont, dass aus empirischer Evidenz kein eindeutiges Handlungswissen folgt. Das Modell des „Honest Broker“³ wurde kritisch reflektiert: Es sollte reale Optionen eröffnen, ohne politische Verantwortung zu verschleiern oder Komplexität vor-schnell zu reduzieren.

Gerade in transformativen Prozessen ist es zentral, Unsicherheiten und Zielkonflikte offen zu benennen, ergebnisverzerrende Vereinfachungen und vereinfachende politische Narrative zu vermeiden. Wissenschaft muss plural,

unabhängig und reflexiv bleiben und einen iterativen Lernprozess zwischen Datenbasis, Bewertung und politischem Handeln ermöglichen.

Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – Gründe und Grenzen

Wissenschaft trägt die Verantwortung, Erkenntnisse, die mit öffentlichen Mitteln gewonnen wurden, der Gesellschaft zugänglich zu machen. Diese Verantwortung liegt in erster Linie bei den wissenschaftlichen Institutionen selbst, nicht nur, aber auch bei den Forschenden. Institutionen kommunizieren gesellschaftliche Dringlichkeit und prägen damit, wie Verantwortung und Veränderung durch Wissenschaft wahrgenommen werden. Da diese Wirkung stark vom Kontext abhängt, müssen Wissenschaftseinrichtungen Medienlogiken und politische Prozesse strategisch mitdenken und ihre Kommunikation entsprechend klar, unabhängig, datenbasiert und reflektiert gestalten. Darüber hinaus sollte Wissenschaft ihre gesellschaftliche Relevanz regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls Rollenwechsel zwischen Forschung, wissenschaftsbasierter Beratung und praktischer Mitwirkung zulassen. Dabei ist eine klare Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Expertise und persönlich-individueller Wertung sowie politischer Meinungsäußerung zentral. Wissenschaftliche Aussagen beruhen auf der Darstellung und Bewertung von Fakten, während persönliche Meinungen nicht zwingend wissenschaftlich begründet sein müssen. Die Unterscheidung zwischen Fakten, Bewertung und Meinung hilft, diese Rollen sichtbar zu machen und diese transparent zu kommunizieren. Besonders schwierig wird dies, wenn sich Wissenschaftler:innen außerhalb ihres eigenen Fachgebiets äußern, da hier Rollen leicht verschwimmen. Rollenbewusstsein und Rollenwechsel müssen daher gelehrt, trainiert und somit erlernt werden. Hierzu sind im Wissenschaftssystem Lern- und Erfahrungsräume zu gestalten. Ein Rückzug aus gesellschaftlichen Debatten ist keine sinnvolle Alternative, da Wissenschaft dem Erkenntnisgewinn dient, der für eine gesellschaftliche Entwicklung von hoher Bedeutung ist. Die Art und Weise der Balance des Austausches wird daher immer Gegenstand von kritischer Reflexion und Einordnung sein müssen.

3 Das Konzept des „honest brokers“ (auf Deutsch etwa „neutraler Vermittler“) stammt von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Roger A. Pielke Jr. und beschreibt die Rolle von Wissenschaftler:innen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik (Science-Policy Interface) als ein „impartial mediator or advisor who facilitates agreements, provides unbiased information, or manages confidential data without favoring any side. They act as trustworthy, neutral parties in disputes, science policy, or research, aiming for fair, transparent, and evidence-based outcomes rather than personal, self-serving agendas.“ Roger A. Pielke Jr., (2007) *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press, pp. ix, 188

Wissenschaft als Transformationsakteur – Kooperationen, Labore, Experimente

Es ist und bleibt eine Herausforderung, Wissen effektiv zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zirkulieren zu lassen. Der Begriff der Evidenzasymmetrie erwies sich dabei als zentrales, mehrdimensionales Hemmnis. Diese Asymmetrien entstehen nicht allein durch unterschiedliche Informationsstände, sondern durch divergierende Arbeitslogiken, fehlende Ressourcen, Zeitregime und Geltungsansprüche von Wissen sowie durch strukturelle Probleme wie Silodenken in Ministerien, Parlament und wissenschaftlichen Disziplinen oder begrenzte personelle Ressourcen in der Verwaltung.

Ein „lernender Staat“ ist weniger eine Frage klarer Zuständigkeiten als das Ergebnis vernetzter Lernprozesse. Solche Lernprozesse ermöglichen eine kontinuierliche Übersetzung, Reflexion und gemeinsame Entwicklung von Wissen zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Regelmäßige, institutionalisierte und – vor allem – Legislaturperioden-übergreifende Austauschformate zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis spielen hierbei eine zentrale Rolle, ebenso wie Infrastrukturen, die Wissensverluste durch Personalrotation vermeiden.

Als zukunftsweisender Ansatz zum Abbau von Evidenzasymmetrien wurde zudem die stärkere Verzahnung wissenschaftlicher Beiräte mit partizipativen Formaten wie Bürgerräten diskutiert. Während Beiräte wissenschaftliche Evidenz bündeln, können Bürgerräte gesellschaftliche Perspektiven und Wertbezüge einbringen. Ein systematischer Austausch zwischen beiden kann dazu beitragen, nicht nur die Qualität, sondern auch die Anschlussfähigkeit wissenschaftsbasierter Politikberatung zu erhöhen. Flankierend bedarf es einer verbesserten technischen Infrastruktur, etwa durch zentrale Wissensspeicher und ein stärker vernetztes Forschungsdatenmanagement, um Wissen über Legislaturperioden hinweg verfügbar zu halten. Die Messung des Impacts wissenschaftsbasierter Beratung bleibt dabei qualitativ komplex. Statt kurzfristiger Erfolgsindikatoren wurden langfristige Wirkketten und zyklische Lernschleifen als geeignete Ansätze diskutiert, um Politikberatung weniger als ex-post Legitimationsinstrument, sondern als lernenden Prozess zu verstehen.

Kommunikation und Vertrauen – Wie Wissen gesellschaftlich wirksam wird

Vertrauen in Wissenschaft entsteht nicht durch die Vermeidung von Unsicherheit, sondern durch transparente Verfahren ihrer Prüfung, Einordnung und Kommunikation, aber auch durch Integrität, Kompetenz und Wohlwollen. In transformativen Prozessen ist es daher zentral, wissenschaftliche Kontroversen, vorläufige Befunde und Dissens sichtbar zu halten, anstatt vorschnell Konsens zu behaupten. Wissenschaftsbasierte Beratung gewinnt an Qualität, wenn Unsicherheiten innerhalb von Gremien kritisch geprüft, offen benannt und in ihrer Bedeutung für politische Entscheidungen eingeordnet werden. Kommunikation ist dabei kein nachgelagerter Schritt, sondern Teil des Wissensbildungsprozesses, der frühzeitig Verwaltung, Politik und Umsetzungspraxis einbezieht.

Die öffentliche Wirksamkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse wird maßgeblich durch mediale Strukturen geprägt. Insbesondere digitale Öffentlichkeiten begünstigen verkürzte Darstellungen, in denen wissenschaftliche Befunde, normative Bewertungen und politische Interessen schwer trennbar sind. Problematisch wird dies dort, wo politische Entscheidungen im Nachhinein pauschal mit Verweis auf „die Wissenschaft“ legitimiert werden und wissenschaftliche Pluralität unsichtbar bleibt. Vor diesem Hintergrund ist Wissenschaftsjournalismus nicht als ergänzende Kommunikationsleistung, sondern als eigenständige epistemische Infrastruktur zu verstehen: als professionelle Praxis, die wissenschaftliche Evidenz recherchiert, prüft, kontextualisiert und für gesellschaftliche und politische Aushandlungsprozesse einordnet.

„Wissenschaftspopulismus“⁴ führt häufig zu Scheineindeutigkeiten und verzerrten Erwartungen gegenüber Wissenschaft. Systematische Faktenchecks, kontinuierliche Kontextualisierung und transparente Korrekturen sind daher zentrale Voraussetzungen für Vertrauen in wissenschaftsbasierte Politikberatung. Diese Aufgaben lassen sich weder individualisieren noch kurzfristig organisieren, sondern erfordern dauerhaft institutionalisierte Strukturen. Für einen lernenden Staat ist es somit entscheidend, Kommunikations- und Übersetzungsarbeit als integralen Bestandteil wissenschaftlicher Wertschöpfung und politischer Entscheidungsfähigkeit anzuerkennen.

⁴ Für eine der Definitionen von Wissenschaftspopulismus, die im Beiräte-Dialog diskutiert wurden, siehe Post, 2022: Zwischen Expertokratie und Wissenschaftspopulismus: Wie die politische Aufladung wissenschaftlicher Expertise polarisiert. bpb, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaft-oeffentlichkeit-demokratie-2022/509590/zwischen-expertokratie-und-wissenschaftspopulismus/>

Zusammenfassung und Ausblick

Der Beirätedialog 2025 II zeigte, dass die Weiterentwicklung wissenschaftsbasierter Politikberatung weniger an fehlender Expertise als an strukturellen, begrifflichen und institutionellen Anschlussproblemen ansetzen sollte.

Es wurde ein hoher Bedarf an begrifflicher Klärung deutlich, insbesondere im Hinblick auf Evidenz- und Machtasymmetrien und Transdisziplinarität sowie auf Wissenschaftspopulismus. Unterschiedliche Verständnisse dieser Konzepte erschweren die Zusammenarbeit zwischen Beiräten und Ministerien ebenso wie die öffentliche Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse. Als produktive Lernfelder wurden sogenannte Triggerpunkte identifiziert – etwa Homöopathie, Ernährung oder Mobilität –, an denen wissenschaftliche Evidenz, gesellschaftliche Werte und Emotionen sichtbar aufeinandertreffen.

Eng damit verbunden sind Fragen der Kommunikation und geeigneter Dialogformate. Diskutiert wurde, wie Fakten, Bewertungen und Meinungen unterscheidbar bleiben und adressatengerecht vermittelt werden können, ohne Komplexität vorschnell zu reduzieren, insbesondere vor dem Hintergrund von Polarisierung und Wissenschaftspopulismus.

Offen blieb die Frage der Wirkungsmessung wissenschaftsbasierter Politikberatung. Deutlich wurde der Wunsch nach weiterem Austausch zu realistischen Zeithorizonten, qualitativen Wirkketten und reflexiven Evaluationsansätzen.

Schließlich rückte die Beziehung zwischen Beiräten und Ministerien sowie dem Parlament in den Fokus. Die Spannweite reicht von inhaltlicher Autonomie bis zu formalisierten Auftragsverhältnissen. Chancen und Risiken dieser Näheverhältnisse sollen künftig systematischer reflektiert werden.

Als Ausblick wurde die Schaffung einer geschützten Unterseite auf der wpn2030-Website zur besseren Vernetzung der Räte untereinander angekündigt, um Austausch, Sichtbarkeit und Koordination zu stärken. Als konkreter nächster Schritt wurde der Aufbau einer gemeinsamen, durchsuchbaren Datenbasis für Gutachten, Berichte und Aktivitäten benannt, um Transparenz, Auffindbarkeit und Wissenssicherung über Legislaturperioden hinweg zu verbessern. Bestehende Repositorien können hierfür als Ausgangspunkt dienen, bedürfen jedoch einer stärkeren Vernetzung.

Der nächste Beirätedialog 2026 I wird am 8. Mai 2026 in Berlin und hybrid stattfinden.

wissenschaftsplattform_ nachhaltigkeit 2030

Über den Beirätedialog

Die wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung kommen zusammen, um sich über Stand und Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten und somit die Kräfte wissenschaftsbasierter Politikberatung für Nachhaltigkeitspolitik zu bündeln und systematisch in den Dialog mit Politik und Regierung einzubringen. Der Beirätedialog wird seit 2018 von der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) gemeinsam mit dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany durchgeführt.

Zitation

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 & Sustainable Development Solutions Network Germany (Eds.). (2026). Beirätedialog 2025 II: „Nachhaltigkeitswissenschaft und Wandel: Zwischen Erkenntnis, Verantwortung und gesellschaftlicher Wirksamkeit“

DOI

10.48481/rifs.2026.001

wissenschaftsplattform_ nachhaltigkeit 2030

Über die wpn2030

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) dient als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik, um Fragen der Nachhaltigkeitspolitik zu reflektieren und die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) mit wissenschaftlicher Expertise zu unterstützen. Die Wissenschaftsplattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland.

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
c/o Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) am GFZ
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
www.wpn2030.de

Koordination und Kontakt

Dr. Annekathrin Ellersiek (annekathrin.ellersiek@rifs-potsdam.de)

Mitwirkende Autorinnen

Dr. Annekathrin Ellersiek, Sarah Löpelt, Julia Schlarmann

V.i.S.d.P.

wpn2030 Prof. Christa Liedtke
Prof. Daniela Jacob
Prof. Mark Lawrence

SDSN Germany Prof. Anna-Katharina Hornidge
Dr. Axel Berger

Wissenschaftliche Trägerorganisationen



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung